

---

**2022/A(E) XXVII. GP**

---

**Eingebracht am 16.11.2021**

**Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.**

## **ENTSCHLIESSUNGSANTRAG**

**der Abgeordneten Gerald Loacker, Kolleginnen und Kollegen**

**betreffend Verbot von Funktionärsfotos in Inseraten von Kammern**

Die großen österreichischen Kammern verschwendeten 2020 etwa EUR 29 Mio. für Großteils sinnbefreite Inserate, die sehr häufig als Eigenwerbung für die roten und schwarzen Kammerfunktionäre genutzt wurden. Relativ auffällig sind dabei unter anderem der ÖVP-Wirtschaftskammerfunktionär Walter Ruck und der SPÖ-Arbeiterkammerfunktionär Markus Wieser, die sich wöchentlich auf Kosten der Zwangsmitglieder in Tageszeitungen abbilden lassen. Pikant dabei ist, dass beide erwähnten Kammerfunktionäre - ähnlich wie einst der Inseratenprofi Stadtrat Werner Faymann - höhere Ämter anstreben, es aber bei Kammerwahlen trotz Briefwahl mit minimalen Sicherheitsstandards nicht einmal schafften, 40 Prozent der Zwangsmitglieder zur Wahlurne zu bewegen.

Für Mitglieder der Bundesregierung ist eine solche Vorgangsweise, nämlich das Verwenden eigener Porträts in Ministeriumsinserten, nicht mehr zulässig, da diese Praxis in Folge der Faymann-ÖBB-Inserateaffäre gesetzlich unterbunden wurde. Inserate von Kammern als Körperschaften öffentlichen Rechts sind gleich zu bewerten wie Regierungsinserte: Mit fremdem Geld soll niemand Werbung für die eigene politische Karriere schalten dürfen. Aus diesem Grund müssen auch Kammerinserte mit Fotos von Kammerfunktionären in derselben Logik verboten werden.

Das übertrieben hohe Inseratevolumen der Kammern spiegelt sich natürlich auch in einer sehr kammerfreundlichen Medienberichterstattung wider, weil es in Österreich bekanntlich "für's Inserat ein Gegeng'schäft" gibt (Zitat NRPräs Wolfgang Sobotka [1]).

**Selbstdarstellung der Kammerfunktionäre mittels Kammerinserten**




Walter Ruck, Präsident der Wirtschaftskammer Wien. (Österreich)

zierungen längst im Alltag der Wiener Unternehmen angekommen ist.

**Alternative Finanzierung**

So wurden im vergangenen Jahr in Wien nur mehr elf Prozent der Unternehmensinvestitionen über einen klassischen Bankkredit finanziert. Mittlerweile ebenso viele Betriebe haben in den vergangenen

gen in Wien jedoch den höchsten Wert aller Bundesländer erreichen. Wir haben in der WK Wien Vorschläge entwickelt, wie ein solcher Anreiz aussehen kann. So könnte etwa für Privatpersonen, die Risikokapital zur Verfügung stellen, ein Beteiligungsfreibetrag von bis zu 100.000 Euro geschaffen werden, der über fünf Jahre absetzbar ist. Auch eine staatliche Garantie in Form einer „kleinen Einlagensicherung“ auf Wert- und Beteiligungspapiere für Private, die mit ihrem Sparkapital investieren, wäre ein Anreiz. Von diesen neuen Impulsen würden wir alle profitieren.

**WKO WIEN**  
WIRTSCHAFTSKAMMER WIEN

Homeoffice-Pauschale über die Arbeitnehmerveranlagung geltend machen. Das hat allerdings einen erheblichen finanziellen Nachteil: Auf diesem Weg bekommen Sie nicht den vollen Betrag

**AK NIEDERÖSTERREICH FAKTEN- mit Heute CHECK**



Foto: AK-Niederösterreich

Quelle: "Tiroler Tageszeitung", "Die Presse", "Heute"

[1] <https://zackzack.at/2020/12/11/sobotka-vor-laufender-kamera-fuers-inserat-gibts-ein-gegengeschaeft/>

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

## ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

Der Nationalrat wolle beschließen:

"Die Bundesregierung wird aufgefordert, eine Regierungsvorlage vorzulegen, die das sogenannte "Kopfverbot" bei Inseraten auf die österreichische Selbstverwaltung ausweitet."

*In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den Ausschuss für Wirtschaft und Energie vorgeschlagen.*